

Niederschrift

über die Sitzung

des Rates der Gemeinde Friedeburg

am Donnerstag, dem 25.02.2010, 19:00 Uhr,

in der Gaststätte "Benders Gasthof" in Upschört, Haarweg 3

Anwesend:

→ Ratsmitglieder

Paul Rickels, Friedeburg (Vorsitzender)
Karin Emmelmann (Bürgermeisterin)
Achim Ackermann, Friedeburg
Peter Assing, Friedeburg
Hermann Behrends, Hesel
Brigitte Dirks, Upschört
Harald Dirks, Wiesede
Maike Eilers, Abickhufe
Arthur Engelbrecht, Marx
Johann Ennen, Horsten
Lotte Fischer, Marx
Eva Grüßing, Bentstreek
Heiko Heinks, Bentstreek
Henning Heinz Hinrichs, Reepsholt
Hans-Hermann Lohfeld, Friedeburg
Inge Meyer, Horsten
Günter Peters, Wiesede
Hans-Otto Rasche, Friedeburg
Ingo Renken, Friedeburg
Traute Reuber, Friedeburg
Henning Weißbach, Wiesede

→ Vertreter der Verwaltung

GOAR Hans-Werner Arians
Verw.-Angest. Ferdinand Goetz
Techn. Angest. Sven Corbes
GA Roland Abels
GOI Nils Janßen (zugleich Protokollführer)

Entschuldigt fehlten Rh. Hartwig Conrads, Rh. Karlheinz Eberhards, Rh. Johann Fabricius, Rh. Theo Hinrichs, Rfrau Dagmar Janssen und Rh. Klaus Zimmermann.

TOP 1: Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 19.30 Uhr die Sitzung.

TOP 2: **Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 16.02.2010 zur Sitzung eingeladen worden und der Rat beschlussfähig sei.

Einwendungen wurden dagegen nicht erhoben.

TOP 3: **Feststellung der Tagesordnung**

Rh. Assing beantragte, die nach der Ratssitzung anberaumte nichtöffentliche Sitzung zur Haushaltsplanberatung 2010 öffentlich in der heutigen Ratssitzung zu behandeln und die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.

Die BM erklärte, der Termin für die heutige nichtöffentliche Sitzung zur Haushaltsplanberatung sei einvernehmlich in der ersten nichtöffentlichen Haushaltsplanberatung für dieses Jahr am 09.02.2010 vereinbart worden. Eine öffentliche Beratung des Haushaltsplanes erfolge in der nächsten Woche in den jeweiligen Fachausschüssen und am 18.03.2010 im Rat.

Der Antrag von Rh. Assing, die Tagesordnung um den TOP – Haushaltsplanberatung 2010 – zu erweitern, wurde mit 2 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Ja“ gestimmt.

Im Übrigen wurde die Tagesordnung angenommen.

TOP 4: **Genehmigung der Niederschrift vom 03.12.2009 (Drucksache-Nr.: 2006-11/R/015)**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 03.12.2009 wurde mit 19 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen genehmigt.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Nein“ gestimmt.

TOP 5: **Bürgerfragestunde**

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

1. Herr Franz Kreutzburg aus Horsten erkundigte sich nach dem Genehmigungsverfahren und die Zuständigkeit des Landkreises im Rahmen der Erweiterung des Kavernengebietes.

Tech. Angest. Corbes erläuterte, die raumordnerische Beurteilung werde losgelöst im Vorfeld zum Genehmigungsverfahren durchgeführt. Für die raumordnerische Beurteilung sei der Landkreis Wittmund zuständig. Danach werde das förmliche Antragsverfahren durchgeführt, das sich nach dem Bergrecht richte. Hierfür sei das Landesbergamt zuständig.

2. Auf die weitere Frage von Herrn Kreutzburg, wo künftig weitere Betriebsflächen entstünden, erklärte techn. Angest. Corbes, im Antrag der IVG zur raumordnerischen Beurteilung seien die Betriebsflächen nicht definiert worden. Auf diese fehlende Information werde auch in der Stellungnahme der Gemeinde zur raumordnerischen Beurteilung hingewiesen.
3. Frau Meike Kreutzburg aus Horsten bat um Auskunft zur späteren Nachnutzung der Kavernen. Techn. Angest. Corbes wies darauf hin, dass auch die Nachnutzung im Bergrecht geregelt sei. Demnach müssten die Kavernen auch bei Wegfall der Nutzung mit Druck verschlossen werden.

4. Auf die Frage von Herrn Bernd Kasdorf aus Horsten berichtete die BM, die Betreiberfirmen würden Gewerbesteuern an die Gemeinde zahlen.
5. Auf die Frage von Herrn Kreutzburg, ob auch der Bebauungsplan Nr. 5 von Etzel in der heutigen Sitzung geändert werden solle, erklärte techn. Angest. Corbes, dass zunächst der für den 03.03.2010 anberaumte Erörterungstermin zum Planfeststellungsverfahren über die Gasverdichterstation der E.ON Gas Storage abgewartet werde.
6. Auf die von IVG-Geschäftsführer Herrn Wohlers anlässlich der 1. Bürger-Informationsveranstaltung getroffene Aussage, als Nachfolgenutzung die Kavernen mit Wasser zu befüllen, gab Herr Jügen Vogel aus Marx zu bedenken, dass seines Erachtens aus geologischer Sicht eine Befüllung der Kavernen mit Wasser nicht sinnvoll sei.
7. Frau Kreutzburg fragte, wer für die Einleitung der gespülten Sole in die Nordsee verantwortlich sei und wie eine Kontrolle erfolge. Techn. Angest. Corbes sagte zu, diese Frage zu klären und schriftlich bzw. in der nächsten Ratssitzung zu beantworten.
8. Frau Kristina Reitz aus Horsten erkundigte sich, wann der Gemeinde die Erweiterungsabsichten der IVG bekannt geworden seien. Techn. Angest. Corbes erklärte, seit 2006 sei in den öffentlichen Fachausschusssitzungen fortlaufend über die Vorhaben der IVG berichtet und informiert worden. In der Vergangenheit hätten sich Politik und Verwaltung wiederholt kritisch zu den fehlenden Prognosen über die Bodenabsenkungen geäußert. Auch mit dem von der Gemeinde durchgeführten Bauleitplanverfahren seien die Erweiterungsabsichten nicht zu verhindern, da das gemeindliche Planungsrecht das Bergrecht nicht aushebeln könne.
9. Auf Nachfrage von Frau Reitz teilte techn. Angest. Corbes mit, dass auch die Gemeinde Salzabbaugerechtigkeiten verkauft und Grundstücke im Zuge von Straßenausbauplanungen zur Verfügung gestellt habe. Die Gemeinde sei Mitglied in der Kavernengemeinschaft.
10. Frau Helga Klingenberg aus Horsten fragte, ob sich einzelne Ratsmitglieder womöglich durch den Verkauf eigener Grundstücke in einem Interessenskonflikt befänden. Die BM wies darauf hin, dass schon in den 1970er Jahren mit der Kavernennutzung begonnen worden sei und seinerzeit bereits Grundstücke und Salzabbaugerechtigkeiten verkauft worden seien. Ob Ratsmitglieder eigene Grundstücke etc. verkauft hätten, sei ihr nicht bekannt.
11. Frau Lore Lang aus Horsten zeigte sich enttäuscht darüber, dass sie als Bürgerin nicht rechtzeitig über die Ausmaße der Erweiterungen informiert worden sei.
12. Herr Christian Witt aus Horsten erkundigte sich, wie im Falle einer Katastrophe mit den Kavernen umgegangen werde. Er bezweifelte, dass die Berufsfeuerwehr in Wilhelmshaven und die freiwilligen Feuerwehren in den Ortschaften in der Lage seien, hier eingreifen zu können. Die BM erläuterte, diese Problematik sei u.a. in die vorbereitete Stellungnahme aufgenommen worden. Auch in den von der Gemeinde initiierten Baukoordinierungsgesprächen mit der IVG und den Betreiberfirmen sei diese Thematik behandelt worden. Auch der Gemeindebrandmeister, der Kreisbrandmeister und der Landkreis seien mit der rechtlichen Klärung dieser Frage befasst.
13. Frau Kristina Reitz regte an, über den Städte- und Gemeindebund darauf hinzuwirken, nach dem Bergrecht die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen in die Genehmigungsverfahren des Landesbergamtes mehr einzubinden und bei den Entscheidungen zu beteiligen.

14. Herr Kreuzburg teilte mit, dass im Rahmen des Erörterungstermins zum Planfeststellungsverfahren für die geplante Gasverdichterstation der E.ON Gas Storage jeder Einwender einen Beistand mitnehmen könne. Sollte ein Einwender terminlich verhindert sein, könne per Vollmacht eine andere Person benannt werden und am Erörterungstermin teilnehmen.
15. Auf Nachfrage von Frau Klingenberg teilte techn. Angest. Corbes mit, dass die Flyer zum Verhalten bei einem Störfall in Teilen Etzels verteilt worden seien. Die Gemeindeverwaltung sei nachträglich angeschrieben worden. Die Ratsmitglieder haben bislang noch keine Ausfertigungen erhalten. Diese sind bereits angefordert worden. Derartige Informationen seien in der Vergangenheit nur in einem sehr eingeschränkten Bereich verteilt worden.
16. Frau Silke Radzewitz aus Marx bezweifelte, dass sich die Gemeinde intensiv mit den Vorhaben der IVG beschäftige und fragte, wie lange die Gemeinde schon in das Geschehen der IVG involviert sei.

Rh. Heinks wies darauf hin, die Gemeinde habe in vielerlei Bereichen der IVG-Vorhaben nur sehr eingeschränkte Einflussmöglichkeiten. Die erste Kavernen seien bereits in den 1970er Jahren zur Speicherung der Bundesrohölreserve entstanden und sehr positiv von der Bevölkerung bewertet worden.

Die BM ergänzte, das Meinungsbild über die Etzeler Salzkavernen sei in der Vergangenheit von der Bevölkerung durchaus positiv gesehen worden, da unter Berücksichtigung aller Bedenken und möglichen Gefahren auch eine große Chance für die weitere Entwicklung der Gemeinde gesehen würde und wird.

17. Frau Kreuzburg forderte, die Gemeinde dürfe nicht nur mahnen, sondern müsse ggf. auch andere Schritte wählen. Ihrer Ansicht verstoße das Bergrecht gegen das Grundgesetz, so dass das Bundesverfassungsgericht einzuschalten sei.

**TOP 6: Erweiterung des Kavernengebietes - raumordnerische Beurteilung
(Drucksachen-Nrn.: 2009-117/2, 2009-117/3 und 2009-117/4)**

Die BM erläuterte die Chronologie der bereits durchgeführten Sitzungen und Beratungen zu der am 21.07.2009 von der IVG beantragten raumordnerischen Beurteilung zur Kavernenfelderweiterung.

Techn. Angest. Corbes stellte die Grundzüge der vorbereiteten und im Entwurf vorliegenden Stellungnahme der Gemeinde Friedeburg vor.

Rh. Engelbrecht sprach sich gegen die Kavernenfelderweiterung aus. Seiner Ansicht nach dürften nicht auch noch in der Ortschaft Marx große „Schornsteine“ und Verteilerplätze entstehen. Er habe sich mit seiner Ratskollegin Lotte Fischer bereits vor der 1. Bürgerveranstaltung am 17.11.2009 in einem Presstext gegen eine Ausweitung von Kavernen in der Ortschaft Marx ausgesprochen. Er habe daraufhin allerdings auch den Hinweis eines Bürgers aus Marx erhalten, dass nicht alle Bürgerinnen und Bürger gegen die Erweiterungsabsichten seien.

Rh. Heinks erklärte, in der von der Verwaltung vorbereiteten Stellungnahme seien alle wesentlichen Punkte angesprochen worden, die zu berücksichtigen seien. Wichtig sei es, hinsichtlich der Gefahrensituation für die Anwohnerinnen und Anwohner sichere und vernünftige Regelungen zu vereinbaren bzw. festzuschreiben. Außerdem dürfe die Beweislast für mögliche Schäden nicht den Geschädigten auferlegt werden.

Rh. Ennen bedankte sich dafür, dass auf seinen Vorschlag hin der Beschluss über die Stellungnahme der Gemeinde zur raumordnerischen Beurteilung nicht im VA, sondern in öffentlicher Ratssitzung gefasst werde.

Rh. Lohfeld forderte, auch weiterhin die Vorhaben der IVG aufmerksam zu beobachten und im Interesse der Bevölkerung, die Bedenken anzumelden.

Rh. Rasche verwies auf das Arbeitstreffen im Rathaus vom 02.02.2010, an dem u.a. ein Fachanwalt, Vertreter der Regierungsvertretung und des Landkreises teilgenommen hätten. Er kritisierte, dass von Seiten der Behördenvertreter keinerlei Hilfe und Unterstützung für die Gemeinde erfolgt oder in Aussicht gestellt worden sei. Seiner Ansicht sei die Stellungnahme der Gemeinde nur eine Willenserklärung, die zu spät komme und keine klagefähigen Punkte enthalte. Die Gemeinde könne mit dieser Stellungnahme nichts bewirken und solle stattdessen über den Städte- und Gemeindebund darauf hinwirken, das Bergrecht im Interesse der Kommunen zu ändern.

Rh. Assing ergänzte, dass sich alle in der Stellungnahme angeführten Punkte „heilen“ ließen. Die FWG-Ratsfraktion werde der Stellungnahme daher nicht zustimmen.

Dem Beschlussvorschlag aus der VA-Sitzung am 18.02.2010 wurde mit 17 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt:

Der Rat der Gemeinde Friedeburg lehnt die von der IVG am 21.07.2009 beim Landkreis Wittmund beantragte Kavernengebietserweiterung ab. Der Stellungnahme der Gemeinde Friedeburg wird zugestimmt.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Nein“ gestimmt. Rh. Lohfeld hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

TOP 7: **Anträge:**

TOP 7.1: **Kavernen-Kompetenz- und Dienstleistungszentrum Energie (Antrag der FWG-Fraktion vom 21.11.2009) (Drucksache-Nr.: 2010-023)**

Rh. Assing begründete den Antrag der FWG-Ratsfraktion. Als über die Möglichkeiten des Kavernen-Kompetenz-Zentrums beraten worden sei, seien die Erweiterungsabsichten der IVG bereits bekannt gewesen. Seiner Ansicht sei es nicht Aufgabe der Gemeinde, ein derartiges Verwaltungsgebäude zu bauen. Er forderte daher, die Planungen endgültig zu begraben.

Rh. Lohfeld gab zu bedenken, dass die IVG vor Ort sei und nicht mehr weggedacht werden könne. Mit dem Kavernen-Kompetenz-Zentrum hätte die Möglichkeit bestanden, auch ein Informationszentrum einzurichten und die Bevölkerung u.a. über die Kavernenspeicherung zu informieren.

Nach Ansicht von Rh. Rasche sei die Gemeinde für das Vorhaben nur vorgeschoben worden, da nur die Gemeinde in den Genuss von Fördergeldern gekommen wäre.

Rh. Engelbrecht war der Meinung, die Planungen zunächst zu den Akten zu legen und bei entsprechendem Bedarf die Überlegungen weiterzuverfolgen.

Rh. Behrends vertrat den Standpunkt, die Gemeinde könne sich ein derartiges Vorhaben nicht leisten und unterstützte den Antrag der FWG-Ratsfraktion.

Mit 12 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wurde folgender Beschluss gefasst:

Die Planungen im Zusammenhang mit dem Kavernen-Kompetenz- und Dienstleistungszentrum Energie sind endgültig einzustellen.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Ja“ gestimmt.

TOP 7.2: Seniorenwohnungen, "Singlewohnen" in Friedeburg-Mitte (Antrag der FWG-Fraktion vom 23.11.2009) (Drucksache-Nr.: 2010-024)

Rh. Assing begründete den Antrag der FWG-Ratsfraktion. Bereits 1999 habe die FWG-Fraktion gefordert, dass die Gemeinde in Eigenregie seniorengerechte Wohnungen baue. Dies sei auch heute noch aktuell und könnte um den Aspekt „Mehrgenerationenwohnen“ ergänzt werden. In einem Arbeitskreis mit interessierten Ratsmitgliedern hätten sich die Mitglieder bereits für ein Mehrgenerationen-Wohnkonzept ausgesprochen. Hieran sollte intensiv weitergearbeitet werden. Eine gewerbliche Nutzung mit übermäßigen öffentlichen Zuschüssen lehne die FWG-Ratsfraktion ab.

Rfrau Reuber erklärte, in der Friedeburger Mitte gebe es einen großen Handlungsbedarf. Unter einer Gesamtrahmenplanung sollten alle Vorhaben und Belange miteinander in Einklang gebracht werden.

Rh. Rasche merkte an, es seien bereits genug Gesamtkonzepte erarbeitet worden. Seiner Ansicht nach sollte jetzt das Mehrgenerationen-Wohnkonzept umgesetzt werden.

Um 21.10 Uhr unterbrach der Vorsitzende die Sitzung für zehn Minuten.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurden einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Der Antrag der FWG-Ratsfraktion vom 23.11.2009 zum Thema Friedeburg-Mitte wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Ja“ gestimmt.

TOP 7.3: Einrichtung "Tag des Ehrenamtes" (Antrag der SPD-Fraktion vom 26.01.2010) (Drucksache-Nr.: 2010-025)

Rh. Peters beantragte, den Antrag der SPD-Ratsfraktion zur Einrichtung „Tag des Ehrenamtes“ an den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Dem Antrag von Rh. Peters wurde einstimmig zugestimmt:

Der Antrag der SPD-Ratsfraktion zur Einrichtung „Tag des Ehrenamtes“ wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Rh. Assing und Rh. Rasche haben mit „Ja“ gestimmt.

TOP 8: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Die BM berichtete anhand der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieser Niederschrift ist.

TOP 9: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

Die BM berichtete anhand der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieser Niederschrift ist.

TOP 10: Anfragen und Anregungen

Auf Nachfrage von Rh. Dirks berichtete GA Abels, im Rahmen der Vermögenserfassung sei die Erfassung der Gemeindestraßen abgeschlossen. Derzeit würden die erfassten Daten durch eine Fachfirma ausgewertet werden.

TOP 11: **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende schloss um 21.30 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer